Das Kartenhaus Maastricht fällt zusammen

Seit Ende des letzten Jahrhunderts, dem Beginn des imperialistischen Zeitalters, ist der Kapitalismus im Weltmaßstab in einem Widerspruch gefangen, den er nicht lösen kann. Er hat wirtschaftliche Abhängigkeit und eine weltweite Arbeitsteilung hervorgebracht, die die nationalen Grenzen überschreiten. Doch diese in hohem Grade integrierte Weltwirtschaft - enger verbunden als je zuvor - ist politisch in verschiedene konkurrierende Nationalstaaten und unbeständige imperialistische Blöcke gespalten. Deren gegenseitige Feindschaft droht die internationalen wirtschaftlichen Bande, die der Kapitalismus geknüpft hat, zu zersetzen und zu zerreißen.

Die kapitalistische Entwicklung beinhaltet einen tiefgeifenden Widerspruch zwischen den Erfordernissen internationaler Integration und der Notwendigkeit für jede Bourgeoisie, "nationale Lösungen" gegenüber den Maßnahmen ihrer Rivalen zu finden: Dumping, Einschränkungen des Marktes, Protektionismus usw. Dieser Widerspruch hat bereits zu zwei Weltkriegen geführt. Aufgrund der Notwendigkeit, gegenüber dem Sowjetblock in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Einheit zu bewahren, wurde er in den letzten 45 Jahren teilweise unterdrückt. Aber die kapitalistische Widersprüchlichkeit wurde immer nur mühsam verdeckt. Jetzt, da die Sowjetunion nicht mehr existiert und die einst unbestrittene wirtschaftliche Vormachtstellung der USA schon lange nicht mehr besteht, rücken die Rivalitäten zwischen den größten kapitalistischen Mächten in den Vordergrund des Weltgeschehens. Dies ist nirgends offensichtlicher geworden als unlängst während der schweren Erschütterungen in der sogenannten Europäischen Gemeinschaft (EG).

Nach dem zweiten Weltkrieg befand sich der westeuropäische Kapitalismus in einer äußerst prekären Lage. Industrie und Landwirtschaft waren nahezu zusammengebrochen, und praktisch in jedem Land waren die Herrschenden aufgrund ihrer Kollaboration mit dem Faschismus diskreditiert. Aus Furcht vor einer wütenden und aufständischen Arbeiterklasse waren die Kapitalisten zur Konsolidierung ihrer Herrschaft darum bemüht, die nationalen Antagonismen zu unterdrücken. Der US-Imperialismus unterstützte Maßnahmen hin zur europäischen Zusammenarbeit und förderte das EG-Projekt, weil es den Aufbau eines westeuropäischen kapitalistischen Bollwerks gegen die Sowjetunion unterstützte.

Als die amerikanische Hegemonie schwand, bekamen die Bestrebungen nach umfassenderer europäischen Einheit eine größere Dynamik. Diese Bestrebungen wurden durch den Wunsch hervorgerufen, eine Wirksamkeit zu erreichen bei Operationen in einem größeren wirtschaftlichen Rahmen. Darüberhinaus drückten sie die wachsende Fähigkeit der europäischen herrschenden Klassen aus, ihre eigenen imperialistischen Ambitionen zu verfolgen. Die weitsichtigeren Kapitalisten erkannten, daß die enorme internationale Ausweitung der Produktion, des Handels und des Finanzkapitals eine umfassende europäische wirtschaftliche Integration erforderte, um erfolgreich am weltweiten Wettstreit um Märkte und Einflußsphären teilzunehmen. Jedoch sah jede der imperialistischen Bourgeoisien die Vereinigung gleichzeitig als ein Mittel an, ihre eigenen, besonderen (oftmals miteinander unvereinbaren) nationalen Interessen voranzutreiben.

Was also 1952 als ein Abkommen zwischen Frankreich, Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten zur Beseitigung aller Schranken für den Export und Import von Kohle und Stahl begann, wurde mit der Unterzeichnung des Vertrages von Rom 1957 zum

Entwurf einer vollständigen europäischen wirtschaftlichen und schließlich politischen Einheit. Bis 1968 hatten die neun Staaten, die damals zum sogenannten Gemeinsamen Markt gehörten, eine vollständige Zollunion, einen gemeinsamen Außenzoll und einen freieren Verkehr von Kapital und Arbeitskräften innerhalb der Gemeinschaft zustande gebracht. Britannien trat der EWG 1973 bei, und die Anzahl der Mitgliedsstaaten erweiterte sich später auf die gegenwärtigen Zwölf.

Der Weg zur europäischen Einheit war immer ein Hindernislauf. Britannien, das sich an den Erinnerungen vergangener imperialer Macht festklammerte und häufig seine "besonderen Beziehungen" mit den USA höher bewertete als eine engere Zusammenarbeit mit seinen traditionellen Feinden auf dem Kontinent, hielt sich Europa für viele Jahre vom Leibe und bleibt selbst heute ein widerwilliger Partner. Die Einheitsbestrebungen kamen während der weltweiten Stagnation Mitte der 70er und den frühen 80er Jahren beinahe zum Stillstand; die EWG-Mitgliedsstaaten waren damit beschäftigt, mit ihren eigenen internen Krisen fertig zu werden, oftmals auf Kosten des jeweiligen anderen.

Dennoch lebte der Integrationsprozeß Mitte der 80er Jahre wieder auf. Die Europäische Akte von 1986 und der Maastrichter Vertrag von 1992 zielten auf das ab, was die Verfasser des Vertrags von Rom als den zweiten Schritt nach der Schaffung einer Zollunion ins Auge gefaßt hatten: die volle europäische wirtschaftliche Integration. Mit diesen beiden Abkommen kamen die Mitgliedsstaaten überein, bedeutende Bestandteile nationaler Souveränität aufzuheben. Die Einheitliche Europäische Akte führte zu einer Funktionserweiterung der Europäischen Kommission in Brüssel: Während früher jeder Mitgliedsstaat ein Vetorecht gegen die Kommissionsentscheidungen hatte, wurden der Kommission nun ausgedehnte Machtbefugnisse zuerkannt, um in vielen Wirtschaftsbereichen Verordnungen durch Mehrheitsentscheidungen zu erlassen. Die Beseitigung aller Grenzkontrollen wurde für 1993 vorgeschlagen. Der Maastrichter Vertrag entwarf einen Plan für die Schaffung einer europäischen Währung (Europäische Währungsunion, EWU) bis zum Ende des Jahrhunderts. Mit dem Inkrafttreten dieser beiden Verträge schien Europa auf dem Weg zum dritten und letzten Schritt, wie er von den Architekten des Vertrags von Rom vorgesehen war: der Zusammenschluß der Mitgliedsstaaten zu einem föderalistischen Superstaat mit *einer* Außenpolitik, *einem* Parlament und *einer* Armee.

Heute liegt diese Vision in Trümmern. Die unlösbaren Konflikte zwischen den nationalen und internationalen Erfordernissen des Kapitals lähmen die Bewegung hin zur europäischen wirtschaftlichen und politischen Integration. Der Weg nach Wolkenkuckucksheim hat sich als mit Tretminen bestückt erwiesen, die ihren Ursprung in der Natur des Kapitalismus haben.

Der Zusammenbruch des EWS - ein Schlag für Maastricht

Die Pläne, mit denen auf eine gemeinsame Währung hingearbeitet wurde (sie wurden als ein Meilenstein auf dem Weg zur Europäischen Union angesehen), zerschlugen sich durch die beiden Währungskrisen im September 1992 und Juli 1993. Um die Währungsunion zustande zu bringen, mußte gewährleistet werden, daß die Währungen aller Mitgliedsstaaten als zuverlässiger gesamteuropäischer Wertmaßstab fungierten. Dies wiederum erforderte stabile Wechselkurse zwischen den verschiedenen nationalen Währungen. Und letzteres war das Ziel des Europäischen Währungssystems (EWS), welches eine enge Bandbreite vorschrieb, innerhalb derer Kursschwankungen der EG-Währungen in Bezug aufeinander erlaubt waren (2,25% ober- oder unterhalb eines vorher festgesetzten "Leitkurses"). Aber die relativen Werte von Währungen schwanken gemäß dem Zustand der nationalen Wirtschaft, auf die sie sich stützen. Diese nationalen Wirtschaften Westeuropas weisen verschiedene Investitions- und Wachstumsraten auf, befinden sich auf verschiedenen Entwicklungsstufen und werden folglich von verschiedenen, oftmals kollidierenden Erfordernissen angetrieben. Die Inflationsraten, Zinssätze und Höhen der Staatsverschuldung sind von Staat zu Staat verschieden, dennoch betonte der EG-Ministerrat nachdrücklich, das EWS könne nur beibehalten werden, wenn alle diese Faktoren durch strikte fiskalische Kontrollen stabilisiert würden.

Tonangebend in der EG ist Deutschland mit der in Europa mächtigsten Wirtschaft und einer Deutschen Mark, die entsprechend die Grundlage der Währungsunion ist. Aber die Einverleibung der DDR erwies sich als weit kostspieliger, als es sich die westdeutsche Bourgeoisie je vorgestellt hatte. In ihrer Eile, sofortige Kontrolle über die Wirtschaft der DDR zu erlangen, entschied die BRD, daß vom 1. Juli 1990 an alle Exporte in D-Mark bezahlt werden müßten, was zu einem katastrophalen Rückgang des Außenhandels der Ex-DDR führte. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß die Schulden der staatseigenen Betriebe (die sich als eine beträchtliche Summe erwiesen) ebenfalls in D-Mark zu zahlen wären. Die Bewahrung des sozialen Friedens in Ostdeutschland, dessen Wirtschaft von

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin:	M. Martin, Postfach 210 254 10502 Berlin
Hamburg:	PLK 079 731 Postamt 20 20253 Hamburg
Bay Area:	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
New York:	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
Toronto:	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada M5C 1J0
Montreal:	Box 1703, Suc. Place d'Armes, Montréal, Québec H2Y3L2 Canada
Wellington:	Permanent Revolution Group PO Box 9671 Wellington, Neuseeland

der Bourgeoisie im Westen zerstört wurde, kostete Milliarden an Arbeitslosengeldern zusätzlich. (Laut Financial Times vom 26.01.93 ist die Anzahl der Industriearbeitsplätze in der ehemaligen DDR um 77% seit der Wiedervereinigung gesunken.) Die Kosten zur Versorgung der Bevölkerung, zum Wiederaufbau der Infrastruktur und zur Auflösung des Großteils der bestehenden Unternehmen sind nach Schätzungen bis Januar 1993 auf eine Gesamtschuldensumme von 400 Milliarden DM angewachsen.

Um ein Überhandnehmen der Inflation zu verhindern, mußte die deutsche Regierung zumindest etwas von dem Geld abziehen, das sie in die Wirtschaft hineingepumpt hatte. Kohl erkannte, daß die Erhebungen von Steuern in einem Maße, wie sie zum Ausgleich des Haushalts notwendig wären, politischen Selbstmord bedeutete. So entschied er sich stattdessen für eine Reihe von Maßnahmen, die die Hauptlast auf die Arbeiterklasse abwälzte: Anhebung der direkten und indirekten Steuern, Kürzungen der Sozialleistungen, Aufhebung von Tarifverträgen für ostdeutsche Arbeiter und Durchsetzung langfristiger untertariflicher Löhne. Nicht zu vergessen ist die einseitige Kündigung der Lohn- und Urlaubsregelungen des branchenweiten Tarifvertrages durch den westdeutschen Verband der Metallunternehmer. Und in allen Industriezweigen gab es massive Entlassungen. Trotz der in mehreren großen Streiks und Fabrikbesetzungen gezeigten Kampfbereitschaft wurden bis jetzt die Bemühungen der Arbeiter in Deutschland zur Verteidigung ihres Lebensstandards durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten vereitelt.

Eine der Methoden, die von der deutschen Bourgeoisie zum Herunterdrücken der Inflation angewandt wurde, bestand darin, mit Hilfe der Bundesbank, dem quasi unabhängigen monetären Arm des deutschen Staates, die Zinssätze in die Höhe zu treiben. Zwischen 1989 und 1992 stiegen die Zinssätze für Kredite an Banken um 4,75% (Financial Times, 05.02.93). Im September 1992 kam es zu Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, als Spekulanten dazu übergingen, andere europäische Währungen abzustoßen. Um innerhalb der Bandbreite des EWS zu bleiben und den Wert ihrer eigenen Währungen zu stützen, mußten andere Mitglieder der Gemeinschaft große Mengen ihrer Bargeldreserven an fremden Währungen verkaufen. Und sie mußten hohe Zinssätze festlegen, um den relativen Wert ihrer eigenen Währungen gegenüber der D-Mark zu halten. Aber hohe Zinsen bedeuteten eine Katastrophe für die schwächeren nationalen Wirtschaften der EG, besonders für Italien und Britannien. Die Krise des Währungssystems vom September 1992 hatte dann den Austritt Italiens und Britanniens aus dem EWS zur Folge (vorläufig, wie sie behaupteten) sowie die Abwertungen der portugiesischen, spanischen und irischen Währungen.

Wenn aber die Krise vom September 1992 die Europäische Gemeinschaft bereits stark schwächte, so traf sie die Ereignisse im darauffolgenden Juli mitten ins Herz: die deutsch-französische Allianz. Während des Kalten Krieges war es ein Eckpfeiler imperialistischer Politik, ein Wiederaufkommen von Feindseligkeiten zwischen den zwei traditionellen Rivalen des Kontinents zu verhindern. Der Konflikt wurde vermieden, indem Frankreich ein militärischer und politischer Einfluß eingeräumt wurde, der in keinem Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Stärke stand. Mit dem Untergang des Stalinismus wuchs in der französischen Bourgeoisie das Mißtrauen, ein wiedervereinigtes Deutschland könnte, in Abwesenheit der sowjetischen "Bedrohung" und im Gefühl seiner wiedererlangten Macht, mehr dazu neigen, sich auf Kosten seines weniger starken Nachbarn aufzuspielen. Frankreichs Strategie bestand darin, die EG zur Eindämmung deutscher Macht zu benutzen. Paris hat sich immer bemüht, die Herrschenden in Bonn daran zu erinnern, doch bitte als Kopf eines europäischen Deutschlands zu handeln statt in der - von vielen mit Recht befürchteten - Rolle als Herren eines deutschen Europas zu agieren. Anfang 1993 geriet Frankreichs neue rechtsgerichtete Koalitionsregierung unter Druck, einige Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft zu ergreifen. Aber dies hätte eine Abwertung des Franc bedeutet und alle regierenden Parteien sahen sich verpflichtet, den Franc fort (starken Franc), d.h. den geltenden Wechselkurs zur D-Mark, zu erhalten. Paris konnte nicht gleichzeitig der Wirtschaft eine Starthilfe geben und den Wechselkurs des Franc beibehalten, solange die Bundesbank sich nicht zur Senkung der Zinsen und Abwertung der D-Mark bewegen ließ. Aber den in Deutschland herrschenden Kreisen fiel die Entscheidung recht leicht, als sie zwischen Euro-Rhetorik und cash zu wählen hatten: Trotz ständiger Bitten aus Paris, den höheren "kontinentalen Verantwortlichkeiten" gerecht zu werden, hatte die Bundesbank für das Anliegen, die allmächtige D-Mark mit dem Franc absinken zu lassen, nur Spott übrig. Sie antwortete mit ein paar kosmetischen Gesten, verweigerte aber Ende Juli kategorisch die Senkung der Leitzinsen.

Als sie Blut im Wasser sahen, begannen die Piranhas der Finanzmärkte, Francs in Erwartung einer möglichen französischen Abwertung abzustoßen. Aber jeder wußte, daß die Herausnahme des Franc oder der D-Mark aus dem EWS das Ende der deutsch-französischen Allianz, von Maastricht und des gesamten Projekts einer Europäischen Union bedeuten würde. Die Instabilität der Wechselkurse würde bestehende europäische Handelsstrukturen in nicht vorhersehbarer Weise verändern und zur Hemmung neuer Kapitalinvestitionen beitragen. Zu viele Träume wiedererlangter europäisch-imperialer Grandeur, zu viele politische Karrieren und Versprechen und zu viele Geschäfte ruhten für die Herrschenden in Bonn und Paris auf Maastricht, um voreilig dessen Totenschein auszustellen. Daher entschieden sie sich, es mit künstlicher Beatmung zu versuchen.

Anfang August konferierten die Finanzminister und Notenbankchefs der EG-Staaten in Brüssel und gaben bekannt, daß die Bandbreiten für Wechselkursschwankungen von 2,25% ober- oder unterhalb des festgesetzten Mittelkurses auf 15% angehoben würden. Dies ist eine derart große Bandbreite, daß diese Maßnahme in weiten Kreisen als ein Weg verstanden wurde, das Ende des EWS bekanntzugeben, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Nachträglich wurde hinzugefügt, daß die Mitgliedsstaaten beabsichtigen, ihre Währungen sobald wie möglich in die alte Bandbreite zurückzubringen. Aber es ist gerade die Möglichkeit des EWS und die gemeinsame europäische Währung, die durch die Krise vom Juli 1993 in Frage gestellt wurden.

Wirtschaftliche Integration und "real existierender Kapitalismus"

Das Projekt der europäischen Einheit war zuallererst eine von den wirtschaftlichen Interessen der wichtigsten kontinentalen Mächte vorangetriebene Allianz und zweitens ein antisowjetisches Zweckbündnis. Aber es war nicht nur das. Es spiegelte die tatsächlichen internationalen wirtschaftlichen Verbindungen wider, die sich während der letzten Jahrzehnte vervielfacht hatten, sowie die Ambitionen der herrschenden Klassen Europas nach einer größeren Rolle in der Welt. Für die "Besten und Intelligentesten" der Bourgeoisie war die Einheit eine Hoffnung auf die kontinentweite Erneuerung und Effektivierung der kapitalistischen Ordnung. Aber die Finanzkrisen des letzten Jahres begruben diese großen Hoffnungen; sie offenbarten die Kluft zwischen den utopischen, idealistischen Luftschlössern der Bourgeoisie und dem "real existierenden Kapitalismus".

Obwohl über Jahrzehnte hinweg die gegenseitige wirtschaftliche Durchdringung zugenommen hat, sind die herrschenden Klassen von Europa nicht in der Lage, die Beschränkungen des Nationalstaates zu überwinden und die politische Organisation der kapitalistischen Gesellschaft mit den Erfordernissen ihrer zunehmend integrierten ökonomischen Grundlage in Übereinstimmung zu bringen. Nichts unterhalb der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Organisation der Weltwirtschaft auf der Grundlage bewußter Planung können den Widerspruch lösen zwischen den heutigen globalen Produktivkräften und den politischen Grenzen, in denen sie eingezwängt sind. Dies ist ein Widerspruch, der schon unermeßliche Zerstörungen im 20. Jahrhundert verursacht hat, und der die Menschheit erneut mit einer Katastrophe bedroht.

Der Versuch, ein vereinigtes Europa zu schaffen, hat ernste Meinungsverschiedenheiten innerhalb und zwischen den herrschenden Klassen des Kontinents hervorgerufen. Er hatte die Spaltung in der Führung der regierenden Konservativen Partei von Britannien zur Folge. Mehr als irgendein anderer Streitpunkt führte die Differenz um die Vereinigung Europas zum Austausch der europafeindlichen Margaret Thatcher gegen den europafreundlicheren John Major als Parteiführer und Premierminister. Frankreichs neogaullistische Partei, die Sammlungsbewegung für die Republik (RPR) unter dem Vorsitz von Jacques Chirac, ist bekannt für die Halbherzigkeit, mit der sie Maastricht unterstützt; zwei ihrer führenden Politiker, Philippe Seguin und Charles Pasqua, traten im Wahlkampf offen gegen den Vertrag auf. In der Sozialistischen Partei gilt Mitterands ehemaliger Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement als offener Maastricht-Gegner.

Selbst Jacques Delors, der französische Euro-Bürokrat, der die EG personifiziert, verliert zunehmend die Hoffnung, daß die Verwirklichung von Maastricht möglich ist. In Deutschland, wo die Unterstützung für die europäische Vereinigung in der Vergangenheit stark war, nimmt die offene Kritik an Maastricht zu. Die deutsche Ratifizierung des Vertrags von Maastricht wurde monatelang durch Beschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht verzögert. Kohls (ehemaliger) Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, und Edmund Stoiber, der bayerische CSU-Ministerpräsident, sprachen sich kürzlich öffentlich gegen eine, wie vom Maastrichter Vertrag vorgesehene, weitere europäische Integration aus. Stoibers Opposition, die die Zusammenarbeit seiner Partei mit den Christdemokraten und Liberalen in der Bundesregierung unterminiert, beabsichtigt offensichtlich, die Anziehungskraft der von den Republikanern geführten extrem nationalistischen Kampagne gegen Maastricht abzuschwächen.

Differenzen über die politische und wirtschaftliche Integration Europas werden in der europäischen Politik noch für eine ganze Weile einen besonderen Stellenwert einnehmen. 1992 wurden in drei Staaten über den Vertrag von Maastricht Volksabstimmungen durchgeführt. In Dänemark verfehlte der Vertrag knapp die Mehrheit (obwohl dieses Ergebnis in einer nachfolgenden Abstimmung revidiert wurde); in der Republik Irland wurde Maastricht mit 70% der Stimmen unterstützt. In Frankreich wurde die Zustimmung zu Maastricht mit einer hauchdünnen Mehrheit erzielt. Diese Volksabstimmungen stellten die Linke und die Arbeiterbewegung vor eine unmittelbar praktische Frage: Welches Votum sollte zu Maastricht abgegeben werden? Oder anders: Sollte man sich überhaupt an der Wahl beteiligen?

Die Wahl zwischen zwei Übeln - Wuchernder Nationalismus oder imperialistischer Zusammenschluß

Die Kontroverse über Maastricht ist einzig und allein ein Streit darüber, wie der europäische Kapitalismus organisiert werden soll. Marxisten haben die Pflicht, für die langfristigen historischen Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen, die durch kein kapitalistisches Modell vertreten werden können. Trotzdem haben es die meisten Linken nicht verstanden, eine "Pest oder Cholera"-Position einzunehmen. Sogar selbsternannte revolutionäre und trotzkistische Gruppen gesellten sich zu den links-reformistischen Strömungen und sprachen sich für ein "Nein" aus mit der Begründung, daß wenn die "Nein"-Seite gewänne, dies in irgendeiner Weise einen Sieg für die Arbeiterklasse repräsentiere.

Diese Position scheint von dem heutigen reaktionären politischen Klima herzurühren. Vor fünfzig Jahren hätten wenige Arbeiterparteien öffentlich geleugnet, daß das Endziel die Abschaffung des Privateigentums der Produtionsmittel und dessen Ersetzung durch den Sozialismus sei. Die Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung gingen darum, wie man dieses Ziel am besten erreichen sollte: durch Reform oder Revolution, mit der Volksfront oder durch die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, durch "Sozialismus in einem Land" oder durch die internationale Ausweitung der Revolution.

Heute haben sich die Grundlagen der Diskussion vollkommen verändert. Der größte Teil der Sozialdemokratie hat sich schon vor Jahren öffentlich vom sozialistischen Ziel verabschiedet. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der osteuropäischen Regime haben sich die Überreste der stalinistischen Parteien in linke Sozialdemokraten verwandelt und sowohl in Worten als auch in Taten dem Sozialismus abgeschworen. Jetzt proklamieren fast alle großen Arbeiterorganisationen und -parteien offen, daß die Arbeiterklasse sich kein höheres Ziel setzen könne als die Erhaltung und Erweiterung der begrenzten sozialen Errungenschaften, die den Kapitalisten in der Vergangenheit abgerungen wurden. Die Beständigkeit der kapitalistischen Gesellschaft wird nicht angezweifelt und die einzige relevante Frage heißt: Welche Art von Kapitalismus sollten wir haben? Mit anderen Worten, die öffentliche Diskussion bleibt heutzutage so gut wie immer im Rahmen der bürgerlichen Ideologie. Insofern ist es leicht zu verstehen, warum viele angeblich trotzkistische Gruppen instinktiv meinen, daß ein Zurückweisen des bürgerlichen Rahmens den Verzicht auf massenorientierte Wahlpolitik überhaupt bedeuten würde und sich deshalb bemühen, lieber irgendeinen linken Flügel der Arbeiterklasse in der Kontroverse um Maastricht zu entdecken als sich zu isolieren.

Ein solcher Flügel ist aber nirgendwo aufgetaucht. Es stimmt, daß die Mehrheit der Bourgeoisie und deren politischen Vertreter Maastricht-Befürworter waren. Die markanteste Opposition, die geäußert wurde, kam aber nicht von denen, die Maastricht zurückwiesen, weil sie gegen eine kapitalistische Zukunft waren. Sie wurde vielmehr von einer rechtsgerichteten, nationalistischen, bürgerlichen Minderheit vertreten. Thatcher und Seguin waren gegen den Vertrag, weil sie befürchteten, daß ihre eigene Bourgoisie Teile ihrer tradionellen Vorrechte dem ihrer Meinung nach von Deutschland dominierten Ministerrat in Brüssel opfern müßten. Hinter diesen "Mainstream"-Konservativen standen wiederum Enoch Powell und Jean-Marie Le Pen, deren politische Karrieren darauf beruhen, chauvinistischen Haß gegen Immigranten zu schüren.

In der französischen Volksabstimmung stimmten auch die Kommunistische Partei Frankreich (KPF) und eine Minderheit der Sozialistischen Partei (SP) mit "Nein". Die KPF warnte zwar manchmal davor, daß Maastricht größere Arbeitslosigkeit und Austerität mit sich bringen würde. Aber die gleiche KPF kapituliert seit Jahren vor der wachsenden Immigrantenfeindlichkeit in den Arbeitervororten von Paris und anderen Städten, wo sie Stimmen an Le Pens Front National verloren hat. Auch die PS-Minderheit hat in den letzten zehn Jahren der französischen Arbeiterklasse ein Austeritätsprogramm aufgezwungen. Es ist richtig, daß in der Abstimmung im September 1992 im Großen und Ganzen entlang der Klassenlinie abgestimmt wurde; in den wohlhabenden Regionen wurde massiv für Maastricht votiert, während die Mehrheit der Arbeiter und Kleinbauern dagegen stimmten. Die Ablehnung von Maastricht seitens der französischen Arbeiter drückt eine tiefe Unzufriedenheit über eine sich verschlechternde Wirtschaft und den als dafür verantwortlich angesehenen Politikern aus. Doch darüberhinaus bleiben die politischen Implikationen der "Nein"-Haltung unklar. Die Arbeiterklasse und die Kleinbauern sind auch Opfer wachsenden Chauvinismus und zunehmender Fremdenfeindlichkeit geworden. Ihre Unzufriedenheit ist nie über das Stadium eines vagen und unausgegorenen Protestes gegen die herrschenden Verhältnisse hianusgegangen. Von Anfang an gab es implizit eine Wahl zwischen größerer europäischer Einheit und dem Status Quo. Revolutionäre weigern sich, zwischen diesen bürgerlichen Giftmischungen zu wählen und rufen zur Opposition gegen beide kapitalistische "Optionen" der verstärkten Ausbeutung auf.

VS stimmt mit "Nein"

Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale (VS) befürwortete ein "Nein" in der französischen Volksabstimmug. International Viewpoint vom 12. Oktober 1992 behauptete:

> "Die grundlegende Frage in dieser Volksabstimmung war: 'will man die Mittel für die kapitalistische Umstrukturierung rationalisieren und die Kohärenz der Austeritätspolitik in ganz Europa verstärken' und die eindeutig sozialistische Anwort darauf lautete natürlich 'Nein'".

Maastricht repräsentierte tatsächlich die von der europäischen Bourgeoisie bevorzugte Methode, die aktuelle globale Offensive gegen die Arbeiterklasse zu führen. Das Problem in der Herangehensweise des VS aber besteht darin, daß hier impliziert wird, daß eine Kapitalistenklasse, die außerhalb der EG stände, irgendwie immun gegen die Zwänge der internationalen Konkurrenz und Rationalisierung wäre und es nicht nötig wäre, zu Austeritätspoltik und Streikbruch zu greifen. [...]

Wenn z.B. Britannien aus der EG austräte, könnten wir dann erwarten, daß der kapitalistische Druck auf die Arbeiter abnähme? Würden die Gewerkschaften dann etwa an Einfluß gewinnen? Es gibt keinen Grund, das zu glauben. Einer erfolgreichen Kampagne für den Austritt aus der EG würde sich ein Angriff unter dem Motto "England wird niemals untergehen" anschließen. Die Thatcher-Anhänger würden die Bevölkerung dazu auffordern, "britisch" zu kaufen, den Gürtel enger zu schnallen und die Produktion zu steigern, um die unbezahlbaren Traditionen ihrer freien Inselnation zu bewahren. [...]

Die LCR (franz. Sektion des VS) hatte offensichtlich beträchtliche Schwierigkeiten, ihr "progressives Nein" von dem guten alten "Nein" der Chauvinisten und Protektionisten zu unterscheiden. Aber das ist nicht einfach Resultat einer taktischen Unbeholfenheit. Der praktizierte Opportunismus zwingt das VS dazu, bei so gut wie allen Ereignissen eine "progressive Seite" zu finden - vom Sieg des islamischen Fundamentalismus im Iran bis hin zur Restauration des Kapitalismus in Polen und in der ehemaligen Sowjetunion.

Klassenpolitik und die "Nein"-Kampagne

Zu dem VS im "Nein"- Lager gesellt sich die Internationale Komunistische Liga (IKL), dominiert von der Spartacist League (USA). Deren Propaganda zu Maastricht hat einen etwas vageren Ton, was auf die Schwierigkeiten hinweist, eine harte, linke Argumentation für ein "Nein" zu entwickeln. [...]

Wie das VS argumentierte Workers Vanguard, daß Maastricht eine bewußte Strategie gegen die Arbeiterklasse ausdrücke:

> "... klassenbewußte Arbeiter erkannten, daß die vorgeschlagene Währungsunion beabsichtigt, die Löhne und Sozialleistungen niedrig zu halten und zusammenzustreichen". ... "... die Männer, die die EG führen, sind keine Sündenböcke; sie erniedrigen und beuten die arbeitende Bevölkerung in Frankreich und dem restlichen Europa wirklich und wahrhaftig aus. Sie sind verantwortlich für die arbeitslosen Stahlarbeiter in Lorraine und die arbeitslosen Hafenarbeiter in Marseilles" (WV, 02.10.92).

Das stimmt wohl. Aber es stimmt auch, daß die bürgerliche Opposition gegen den Vertrag angeführt wurde von Individuen, die nicht minder arbeiterfeindlich sind. WV gab dies zu, als er bemerkte, daß der linksgerichtete Sozialdemokrat Chevènement (an dem sich die pabloistische LCR orientierte) "ein Programm der wirtschaftlichen Autarkie und eines inflationären Finanzwesens [vertritt], das die Arbeitslosigkeit kein bißchen vermindern wird ...".

Das am militantesten klingende Argument, das die IKL vorbrachte, war, daß eine Niederlage für Maastricht den jetztigen Herrschern einen Schlag versetzen würde und Klassenkämpfe initiieren könnte. In der Ausgabe vom September 1992 erklärte Le Bolchévik (die französische Zeitung der IKL):

> "Wir rufen dazu auf, nein zu stimmen ... weil wir wissen, daß ein Sieg für ein 'Nein' diese arbeiterklassenfeindliche und antisowjetische Regierung noch ein wenig mehr schwächen und einen Bruch hervorrufen würde, aus dem die Arbeiterklasse Nutzen ziehen könnte".

Die Vorstellung, daß Revolutionäre automatisch mit "Nein" stimmen sollten in der Hoffnung, die existierende bürgerliche Regierung zu "schwächen" und einen "Bruch hervor[zu]rufen", ist Marxisten fremd. Revolutionäre haben kein Interesse an einer Destabilisierung per se. Die Frage ist, wem würde eine solche Entwicklung nutzen? In einer Situation, in der die Arbeiterklasse in Kampfstimmung ist und die Kapitalisten sich in der Defensive befinden, könnte die Initiierung eines "Bruches" ein wichtiger Schritt sein, um die Bourgeoisie mit der Frage der Staatsmacht zu konfrontieren. Aber in Frankreich ist es im Augenblick eher wahrscheinlich, daß Le Pens Front National die Hauptnutznießerin eines solchen "Bruches" wäre.

Unter Imperialisten gibt es kein "kleineres Übel"

Die Volksabstimmungen zu Maastricht fanden vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion statt, einer entscheidenden Niederlage für die Arbeiterklasse. Die große Mehrheit der Arbeiter, die Sozialismus gleichsetzte mit Stalinismus, folgerte aus dem Fall des Stalinismus, daß der Sozialismus gescheitert sei. Gleichzeitig wiederholt die kapitalistische Propagandamaschine bis zum Erbrechen die Behauptung, daß die Arbeiter keine von ihren Herrschern unabhängige historische Interessen und Ziele hätten. [...]

Britische Maastricht-Gegner fordern ein Referendum

Anders als die Reformisten machen wir unseren Herrschern keine konstruktiven Vorschläge, wie die Vertretung der "nationalen Interessen" vorwärts getrieben werden soll. Wir treten für die Interessen der Unterdrückten ein und versuchen, den Widerstand gegen jede kapitalistische Maßnahme zu organisieren, die die Bedrängten und Ausgebeuteten benachteiligt. Revolutionäre widersetzen sich jedem Versuch, die Arbeiterklasse mit Nationalismus und Protektionismus zu vergiften, da solche Ansichten das Klassenbewußtsein, das nur internationalistisch sein kann, unterminieren. So treten wir nicht für "freien Handel" ein und beziehen keine Position, wie die Kapitalisten mit ihrer Zahlungsbilanz, ihren Handelsbedingungen oder Währungsschwankungen fertig werden sollten. Wir befürworten weder einen starken Dollar, Pfund, Mark oder Yen noch eine schwache Währung, weder eine Rückkehr zum Goldstandard noch freie Wechselkurse. Dies sind alles innerkapitalistische Auseinandersetzungen und wir sollten dem von Lenin in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" zitierten Rat Hilferdings folgen:

> "Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, den Imperialismus, kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein" (Lenin Werke, Bd. 22, S. 294).

Workers Vanguard stellt fest:

> "Kurzfristig wird das Scheitern des Maastricht-Projekts tendenziell Amerika politisch nutzen, das die europäischen Bourgeoisien leichter gegeneinander ausspielen kann. Aber auch wenn der deutsche Imperialismus aufsteigt ... und fähiger wird, seinen Willen wirtschaftlich (und militärisch) durchzusetzen, würde dies nicht auf eine Ära der Harmonie und des Wohlstandes hinweisen, sondern auf eine des imperialistischen Krieges".

Ein guter Punkt, aber einer, der schwer zusammenpaßt mit dem Befürworten eines "Nein" (oder eines "Ja"). Wenn Maastricht scheitert, nutzt das den USA; wenn Maastricht Fortschritte macht, profitiert das deutsche Kapital; welchen Imperialismus sollen die Arbeiter also vorziehen - den deutschen oder den US-amerikanischen?

Der Vertrag von Maastricht ist ein Versuch, dem europäischen Kapital im Konkurrenzkampf mit Japan und Nordamerika bessere Ausgangsbedingungen zu verschaffen. Marxisten verurteilen die innerimperialistischen Rivalitäten als einen Vorläufer der offenen militärischen Auseinandersetzungen. Das Scheitern Maastrichts jedoch, oder sogar die Auflösung der EG, würden solche Rivalitäten nicht beenden; vielmehr würden die schärfsten Konflikte dann innerhalb Europas ausgetragen werden. Die eine oder andere Macht würde früher oder später eine Allianz mit den USA oder Japan eingehen und ihre regionalen Konkurrenten dazu zwingen, in einem anderen Block Schutz zu suchen. Wir kämpfen gegen den Imperialismus und gegen jede Manifestation seines reaktionären sozialen Charakters. Das heißt, daß wir die Arbeiterklasse nicht in Diskussonen verstrickt sehen wollen über das Für und Wider der einen oder anderen Allianz der herrschenden Klasse. In einer historischen Perspektive befürworten wir einen weltweiten ökonomischen Zusammenschluß. Aber wir erkennen, daß dieser unter dem Imperialismus nicht in fortschrittlicher Weise zu erreichen ist.

Die "Europäische Konstituierende Versammlung" der LRKI

Die Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale (LRKI, geführt von der britischen Workers Power Gruppe) hat in ihrem Trotskyist Bulletin No. 2 (02.11.92) eine Erklärung zu Maastricht veröffentlicht. Dort spricht sie davon, daß "innerhalb eines Jahrzehnts" die Bewegung für Maastricht "die Bildung eines föderalistischen europäischen imperialistischen Superstaates bedeuten könnte". Im Hinblick auf das, was alles geschehen ist, seitdem diese Worte geschrieben wurden, werden die Verfasser wahrscheinlich wünschen, daß sie etwas vorsichtiger vorgegangen wären. Allerdings, anders als beim VS und der IKL, ist die Grundrichtung der Linie zu Maastricht zumindest korrekt, wenn die LRKI dazu aufruft, gegen beide bürgerlichen Lager zu stimmen. Die Position der LRKI zu Maastricht wird getrübt durch ihre Forderung:

> "Für die Wahl einer Souveränen Europäischen Konstituierenden Versammlung in allen Ländern, die in der EG sind oder sich der EG anschließen wollen, einberufen und geschützt von den kämpfenden Organisationen der Arbeiterklasse".

1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to base one's program on the logic of the class struggle; to be bold when the hour for action arrives—these are the rules of the Fourth International."

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

Englischsprachiges Organ der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Nr. 13

Mit Artikeln u.a. zu:
Kuba, Libanon, Pornographie

Zu beziehen über:
M. Martin, Postfach 210 254, 10502 Berlin
Preis: DM 2,- + Porto DM 1,50
(bitte in Briefmarken beilegen)

Die Forderung nach einer "Souveränen Europäischen Konstituierenden Versammlung" mag ja zu Little-England Sozialisten wie Tony Benn gut passen, der sie als irgendeine internationalistische Tarnung benutzen könnte. Warum aber sollten Revolutionäre solch eine Losung aufstellen? Marxisten benutzen die Forderung nach einer Konstituierenden Versammlung, um den Widerstand der Bevölkerung gegen bonapartistische Diktaturen zusammenzufassen und um die Massen für den Versuch zu mobilisieren, den Kampf für die bürgerliche Demokratie in eine revolutionäre Richtung zu wenden. Aber es gibt keine Verbindung zwischen der Einberufung einer Europäischen Konstituierenden Versammlung und einer europäischen Arbeiterregierung.

Nur Opportunisten können so tun, als sei die gegenwärtige Stimmung für ein Vereinigtes Europa eine leere Hülse, in die man nur diejenigen sozialen und Klassenverhältnisse hineinzufüllen braucht, die einem gefallen. Wie auch immer man die Forderung nach einer Konstituierenden Versammlung in Europa angeht: Sie hat zum Inhalt, die Bildung einer Institution, "einberufen und geschützt von den kämpfenden Organisationen der Arbeiterklasse", zu befürworten, die auf die kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa hinausläuft. Das Projekt eines vereinigten kapitalistischen Europas ist ausschließlich bürgerlich, genauso wie die Verteidigung der Vorrechte der imperialistischen Nationalstaaten. Die verschiedenen internationalen Allianzen der imperialistischen Mächte sind alle durch und durch reaktionär und kein doppeldeutiges Gerede von Zentristen vermag irgendeinen revolutionären Gehalt aus einer Taktik herauszuholen, die die Illusion einer friedlichen Harmonisierung der innerimperialistischen Konkurrenz voraussetzt. Deshalb ist die Forderung der LRKI nicht nur einfach utopisch, sie ist vielmehr reaktionär utopisch, insofern sie die reaktionäre Illusion fördert, daß eine Vereinigung Europas auf kapitalistischer Grundlage einen progressiven Inhalt haben könnte.

Seid realistisch: Kämpft für den Sozialismus!

Die Fragen, die Maastricht aufwirft, sind sehr wichtig für die Bestimmung der Politik in der postsowjetischen Ära. Die "russische Frage", wie wir sie gekannt haben, wird als Prüfstein revolutionärer Politik in Zukunft an Bedeutung verlieren. Sie wird ganz oben auf der Liste der historischen Erfahrungen des Proletariats stehen, zusammen mit den Lehren der Pariser Kommune, der deutschen Revolution von 1918 oder dem spanischen Bürgerkrieg. Die russische Frage wird das entscheidende geschichtliche Beispiel für den höchsten Punkt bleiben, den die internationale Arbeiterbewegung bisher erreicht hat; ein Beispiel, das unvergleichliche Lehren für Revolutionäre bietet. Aber dennoch wird sie jetzt nicht mehr direkt bei der Beurteilung jeder Frage der Weltpolitik wie in der Vergangenheit eine Rolle spielen. Fragen, die sich aufgrund der Beziehungen der "eigenen" imperialistischen Herrscher zu deren Rivalen stellen, werden jetzt deutlicher als zuvor ins Zentrum revolutionärer Politik rücken. Der Wettlauf zwischen proletarischem Bewußtsein und der nächsten Runde inner-imperialistischer Feindseligkeiten wird die Zukunft der Menschheit bestimmen.

Der Kampf um das proletarische Bewußtsein, so scheint es, könnte diesen Wettlauf verlieren. Die wesentlichen Elemente der gegenwärtigen Situation - der wirtschaftliche Niedergang, die Explosion ethnischen und nationalistischen Hasses, die zunehmende Rivalität zwischen den kapitalistischen Staaten und imperialistischen Blöcken - sind weitgehend den Gegebenheiten vor den zwei Weltkriegen ähnlich. Das eine Element aber fehlt - ein militantes, sozialistisches Proletariat. Und dennoch: Trotz der Deindustrialisierung Nordamerikas und Britanniens, trotz des Anwachsens des "Dienstleistungs"-Sektors, behält die organisierte Arbeiterklasse das soziale Gewicht und die ökonomische Macht, um alle Unterdrückten in einen erfolgreichen Angriff auf die bestehende gesellschaftliche Ordnung zu führen. Durch die Ausweitung der industriellen Entwicklung auf die ehemaligen Kolonien und "Neo-Kolonien" hat die Größe und das gesellschaftliche Gewicht der Arbeiterklasse international wesentlich zugenommen.

Die Zusammensetzung des Proletariats in den imperialistischen Zentren verändert sich - sein Bewußtsein und politischer Wille sind durch die unzähligen Verrätereien der Stalinisten und der Sozialdemokraten untergraben worden. In die gleiche Richtung wirkten die Illusionen, die sich aufgrund der relativen Prosperität der Nachkriegszeit herausbildeten. Aber gerade dieser Lebensstandard der Nachkriegszeit wird jetzt in allen imperialistischen Ländern angegriffen. Um zurückzuschlagen braucht die Arbeiterklasse die entwickelste Theorie und politische Praxis, die die Geschichte der Klassenkämpfe anzubieten hat. Diese fortgeschrittenste Theorie und Praxis ist nach wie vor der Marxismus, ungeachtet dessen, daß dieser durch die falsche Gleichsetzung mit dem Stalinismus unpopulär wurde. Die Arbeiterklasse wird den Marxismus wiederentdecken - aber nur dann, wenn dessen grundsätzliche Prämissen, vor allem die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, sorgsam bewahrt werden gegen den anhaltenden Druck der bürgerlichen Reaktion in der Epoche des kapitalistischen Niedergangs ■

(Gekürzte Übersetzung aus 1917 13: Maastricht House of Cards Collapses)

BOLSCHEWIK

Gruppe Spartakus

Nr. 1: - Nazi-Terror und Rassismus in der BRD
- Die ehemalige UdSSR nach dem Putschversuch
- Bürgerkrieg in Jugoslawien

Nr. 2: - Faschisten im Aufschwung
- Wunsiedel '92
- Arbeiterkämpfe in der BRD
- Kurdistan

Nr. 3: - Feuert die Gewerkschaftsführung
- Aktionsprogramm für den IG Metall-Streik
- Marxismus contra Bewegungsfetischismus
- Deutsche Waffen sollen es schaffen
- Kapitalismus und Rassismus

Bestellung: Einzelexemplar DM 2,50 (inkl. Porto)
Abonnement: (inkl. Extraausgaben):
4 Ausgaben DM 10,-
In Briefmarken beilegen oder überweisen an:
M.Martin, Postgiroamt Berlin (BLZ 10010010),
Kto. Nr.: 14241-107